

Entwicklungspolitische Theorie und Praxis

Für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik bedarf es eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen theoretischen Prämissen und praktischem Handeln. Stimmt dieses Verhältnis nicht, ist die Entwicklungspolitik zum Scheitern verurteilt. Ebenso ist es notwendig, sowohl den Begriff Entwicklung als auch den der Unterentwicklung möglichst genau zu definieren, da ohne eine solche Begriffsklärung Entwicklungspolitik einem ziellosen Löcherstopfen gleichkommt. Der Inhalt beider Begriffe ist oft vom subjektiven Empfinden desjenigen abhängig, der sie definiert. Das Begriffsverständnis macht einen Großteil der Entwicklungsproblematik selbst aus. Eine allgemein hin akzeptierte Definition gibt es nicht.

Insbesondere der Begriff der Entwicklung ist weder wertneutral noch ist er unabhängig von Raum, Zeit und Bewußtsein zu gebrauchen. Er ist dauernder Veränderung unterworfen, insbesondere kollektiven und individuellen Wertvorstellungen. Entwicklung ist immer normativ. Darüber herrscht in der Diskussion allgemeiner Konsens. Die Frage ist: Ob es einen Entwicklungsbegriff gibt, der mit einem allgemein akzeptierten Inhalt universal verwendbar ist. Geht man von der Verschiedenartigkeit der Kulturen und der Welt generell aus, so ist dieser Anspruch zu verneinen. Trotz dieser Problematik ist eine möglichst umfassende Begriffsbestimmung immer wieder anzustreben.

Die Sozialwissenschaften haben sich auf die immanenten intersubjektiv vermittelbaren Tatsachen zurückgezogen. Die geistige Realität wird völlig außen vorgelassen; sie gilt ja weithin als nicht vermittelbar. So ist es nur konsequent, daß *Dieter Nohlen* und *Franz Nuscheler* unter Entwicklung nur „die eigenständige Entfaltung der Produktivkräfte zur Versorgung der gesamten Gesellschaft mit lebensnotwendigen materiellen sowie lebenswerten kulturellen Gütern und Dienstleistungen im Rahmen einer sozialen und politischen Ordnung, die allen Gesellschaftsmitgliedern Chancengleichheit gewährt, sie an politischen Entscheidungen mitwirken und am gemeinsam erarbeiteten materiellen Wohlstand teilhaben läßt“, verstehen. Diese Definition ist nicht hinreichend und wird der kulturellen Heterogenität der Kulturen nicht gerecht, da sie ihnen ein materialistisch-westeuropäisch geprägtes Entwicklungsverständnis überstülpt. Daneben sollten die Selbstachtung der Person, die Freiheit von innerer und äußerer Fremdbestimmung, die geistige Selbstbestimmung des einzelnen und der Völker, die Achtung der kulturellen Verschiedenheit sowie eine humane Behandlung der Umwelt eine zentrale Rolle spielen. So könnte man mit *Hans Zwiefelhofer* Entwicklung als einen „Prozeß der menschlichen Aufwertung der Person und der Gesellschaft“ definieren. Konkret heißt dies, daß neben der materiellen Bedürfnisbefriedigung, die als Selbstverständlichkeit zu betrachten ist, eine geistige Komponente zu treten hat, weil der Mensch ein geistig-materielles Wesen ist. Das geistige Element drückt sich im religiösen Bedürfnis oder im „Numinosen“ aus, wie es *Immanuel Kant* nennt. Die Entwicklungspolitik hat sich schon zu lange um die Frage nach ihren Voraussetzungen gedrückt. Voraussetzung jeder Kultur oder kulturellen Entwicklung ist Religion. Sie wird hier nicht als christlich-jüdische verstanden und vorausgesetzt, sondern in einem allgemeineren Verständnis, nämlich dem Suchen nach Wahrheit und dem Absoluten, das allen Religionen eigen ist. Solange man sich von westeuropäischer Seite nicht auf diese Problematik einläßt, wird man die Kulturen *Asiens*, *Afrikas* und *Lateinamerikas* nicht verstehen. Oder betreibt man ganz bewußt Kulturimperialismus, indem man diesen Ländern die Segnungen einer „dritten Aufklärung“ bringt?

Was haben Entwicklungspolitik und politische Bildung miteinander zu tun? Wie Meinungsumfragen belegen, vertreten mehr als die Hälfte der Bundesbürger die Ansicht, daß Entwicklungspolitik einen geringeren Stellenwert hat als andere Politikbereiche. Mehr als 60 % der Befragten bezweifeln einen direkten Zusammenhang zwischen dem eigenen Lebensstandard und den Verhältnissen in der Dritten Welt. Betrachtet man aber die Problembereiche, die interdependent sind, so stimmen diese Umfragen bedenklich. Hier hat die politische Bildung eine erste Aufgabe in Angriff zu nehmen, nämlich die Kluft zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiver Bedeutung zu überbrücken. Die eigene Betroffenheit bestimmt entscheidend den subjektiven Bedeutungsgrad. Politische Bildung hat deshalb die persönliche Betroffenheit bewußter zu machen. Diese Betroffenheit kann aber nur geschaffen werden, wenn man unter politischer Bildung die Schaffung einer Kultur des politischen Diskurses versteht. Er ist ein charakteristisches Merkmal demokratischer Gesellschaften. Politischer Diskurs und Konsens bedingen sich.

Hauptaufgabe der politischen Bildung ist die Fundierung eines Grundkonsens unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er reicht über die üblichen demokratischen Spielregeln oder über gemeinsame Strukturen weit hinaus. Es ist die wichtigste Aufgabe politischer Bildung, Bürger zu mehr Beteiligung am demokratischen Prozeß zu motivieren. Der Erziehung zu gemeinsamen Wertvorstellungen muß auch immer eine Haltung korrespondieren, die noch Platz zum Zweifel an eigenen Auffassungen läßt. Ohne diese Haltung gibt es keine Toleranz und Kompromißbereitschaft.

Welche Schlüsse lassen sich daraus für die politische Bildung in bezug auf Entwicklungspolitik ziehen? Die entwicklungspolitische Diskussion ist stark ideologiebefrachtet. Viele der ideologisch bestimmten Ansätze erheben Anspruch auf allgemeine Gültigkeit. Dieser Totalitätsanspruch wird den Realitäten in der Dritten Welt nicht gerecht. Entwicklungspolitische Ansätze sind immer nur Produkte selektiver Wahrnehmung. Gegen eine ideologische Betrachtung der Entwicklungspolitik hat sich die politische Bildung zu wenden. Sie hat sich auch gegen unberechtigte Vorurteile auszusprechen. Die Beschränkung auf eine bestimmte ideologische Position ist Indoktrination. Entwicklungspolitische Urteils- und Handlungsfähigkeit erfordert ideologiekritische Distanz. Ideologiekritik ist somit ein wichtiger Bestandteil entwicklungspolitischer Bildung. Eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit den entwicklungspolitischen Ansätzen und deren Überprüfung an der Praxis sollte deshalb eines der Hauptziele sein.

Theorien der Entwicklungspolitik

Eine alles erklärende Theorie der Entwicklungspolitik gibt es nicht. Dagegen liegt eine große Anzahl verschiedener Erklärungsansätze vor, die sowohl einen Entwicklungsweg beschreiben als auch Erklärungsmuster für die Unterentwicklung der Dritten Welt abgeben. Die Formulierung eines Ansatzes hängt weitgehend vom Begriffsverständnis des jeweiligen Betrachters ab: Versteht man Unterentwicklung als ein Mangel an wirtschaftlichem Wachstum, dann tendiert man mehr zu einer ökonomischen Betrachtungsweise; wird Unterentwicklung eher als ein strukturelles Problem gesehen, gewinnen dependenztheoretische Prämissen an Plausibilität. Allgemein hin werden die Ansätze in *modernisierungstheoretische* und *dependenztheoretische* eingeteilt. In jüngster Zeit greifen aber verstärkt Sichtweisen um sich, die sich nicht mehr in diese konventionellen Denkschablonen einpassen lassen. Sie stellen den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen.

Die Modernisierungstheorien gehen von einem Prozeß der Nachahmung und der Angleichung unterentwickelter Gesellschaften an die entwickelten Industrieländer aus. Für diese Theorierichtung markieren die Begriffe Tradition und Moderne Ausgangspunkt und Endpunkt, den die Entwicklungsländer zu durchlaufen haben. Der Modernisierungsprozeß ist uniform und verläuft für alle Länder unilinear. Der Zustand der Entwicklungsländer ist ein vorübergehender. Entwicklung wird als ein Aufholen des Rückstandes gegenüber den Industrieländern verstanden. Im ursprünglichen Sinne zielen die Modernisierungsansätze auf die Schaffung von sozialen und institutionellen Rahmenbedingungen ab, die für eine Entwicklung Voraussetzung sind. Dabei spielt der ökonomische Faktor eine untergeordnete Rolle. Es gilt, die Verhaltensweisen der Menschen in den Entwicklungsländern auf moderne und leistungsorientierte Werte hin auszurichten. Mobilität, schöpferisches und rational-ökonomisches Handeln haben Fatalismus, Apathie und mangelnde Leistungsmotivation zu ersetzen. Die Modernisierungsansätze lassen sich in ökonomische, sozial-psychologische und strukturalistisch-funktionalistische einteilen.

Die Vertreter der ökonomischen Ansätze sehen Entwicklung als ein Wachstumsproblem an. Die zentrale Frage lautet: Durch welche ökonomischen Maßnahmen kann der Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt werden? Wirtschaftswachstum und Kapitalakkumulation sind die Kristallisationspunkte dieser Ansätze. Das Bruttosozialprodukt ist die Größe, die das Wachstumsniveau einer Gesellschaft erfaßt. Wachstum umfaßt den Ausbau des Produktionspotentials und die Verbesserung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung. Der westliche Lebensstandard wird hierbei zum Wohlfahrtsziel der Erde. Wachstum ist die Garantie für sozialen und kulturellen Fortschritt. Die Kapitalbildung nimmt eine entscheidende Stellung ein. Die Schaffung einer dauerhaften Kapitalbasis gilt als Ansatzpunkt für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wie dies erreicht werden soll, dafür seien einige zentrale Begriffe und deren Vertreter genannt: So sollte durch einen „big push“ (*Rosenstein-Rodan*) die Stagnation überwunden werden, um in die Phase des „take off“ (*Rostow*) zu gelangen. Die gleiche Konsequenz wird in dem Ansatz des „critical minimum effort“ (*Leibenstein*) gezogen. Bei dem Ansatz des „balanced growth“ (*Nurske*) und dem des „unbalanced growth“ (*Hirschman*) geht es darum, wie durch die Wahl von Primärinvestitionen ein Mechanismus ausgelöst werden kann, der für eine ständige Ausdehnung des Produktionsapparates sorgt.

Bei den Vertretern der sozial-psychologischen Ansätze kann es nur zu ökonomischem Wachstum kommen, wenn sich gleichzeitig ein sozialer Wandel vollzieht. Der idealtypische Ansatz (*Hoselitz*) stützt sich auf die Faktoren, die wirtschaftlich relevant sind und für die Verteilung und Produktion von Gütern und Dienstleistungen als wesentlich erachtet werden. Wirtschaftliche Entwicklung wird in diesem Konzept mit der Umwandlung des allgemeinen Sozialverhaltens gleichgesetzt, und zwar von einer Form, die bezüglich der wirtschaftlich relevanten Aspekte auf traditionelle vorgegebene Rollenzuweisung, Partikularismus, ausgerichtet ist, zu einer Form, bei der die Rollenzuteilung auf Leistung, Universalismus und Spezialität beruht. Der Übergang von der Unterentwicklung zu wirtschaftlichem Fortschritt wird durch das Unternehmertum bewirkt. Der Unternehmer ist der „soziale Abweichler“, der mit der übertragenen Ordnung bricht und somit andere mitzieht. Andere Vertreter dieser Theorierichtung sehen die Ursachen der Unterentwicklung im Fehlen des Erfolgsmotivs, das heißt im Bedürfnis nach Leistung (*McClelland*), in der Empathie, das heißt in der Fähigkeit, sich selbst in einer anderen Situation als der gegebenen vorzustellen (*Lerner*) oder in der frustationsbedingten Unzufriedenheit (*Hagen*), die Entwicklung in Gang setzt.

Die Vertreter der strukturalistisch-funktionalistischen Richtung betrachten Entwicklung als einen strukturellen Differenzierungsprozeß, der sich in der Erhöhung der „Kapazitäten“ des politischen Systems ausdrückt. Ziel ist die Errichtung einer liberal-konstitutionell organisierten Gesellschaft. Modernisierung und Entwicklung bedeutet

Westernisierung. Die Entwicklungsländer sind an das Werte- und Normsystem der Industrieländer anzupassen. Sie gelten nicht als andere Gesellschaften, sondern sind Vorstadien von entwickelten. Entwicklung und Modernisierung lassen sich durch folgende Schlagworte charakterisieren: Partizipation, Kommunikation, strukturelle Differenzierung, Säkularisierung, Stabilität und Demokratisierung des politischen Systems. Als Oberbegriff gilt das „nation building“. Endziel der Entwicklung ist ein demokratisches Gesellschaftssystem.

● *Dependenztheoretische Ansätze*

Die dependenztheoretischen Ansätze entstanden Mitte der 60er Jahre, weil sich die Voraussetzungen der Modernisierungsansätze in den Entwicklungsländern nicht realisieren ließen. Die Vertreter der Dependenzansätze griffen einerseits auf die These von *R. Prebisch* von der Verschlechterung der „terms of trade“ zurück, andererseits wurde von marxistischer Seite der „surplus transfer“ betont. Mit dieser These wurde erstmalig die traditionelle marxistische Einschränkung auf die Motivstruktur imperialistischen Handelns überwunden und mehr die Konsequenzen des Imperialismus für die Entwicklungsländer zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht. Die dependenztheoretische Richtung stellt nun die üblichen Erklärungen der Unterentwicklung auf den Kopf. Diese wird nicht mehr als bloßes Zurückbleiben hinter dem Entwicklungsstand der Industrieländer und als Folge mangelnder Integration in die moderne Welt begriffen, sondern umgekehrt als Konsequenz einer sehr effizienten Integration der Entwicklungsländer (Peripherie) in die von den Industrieländern (Zentrum) beherrschten internationalen Marktbeziehungen. Unterentwicklung ist das Resultat eines historischen Prozesses.

Die zentrale These dieser Richtung besagt, daß „strukturelle Abhängigkeit“ die Folge der kapitalistischen Produktionsweise in der Peripherie im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes ist, die sich in die interne Gesellschaftsstruktur übersetzt und eine für den peripheren Kapitalismus typische Gesellschaftsformation hervorbringt, nämlich die „strukturelle Heterogenität“. Je nach geschichtlicher Entwicklung stellen sich strukturelle Abhängigkeit und strukturelle Heterogenität verschieden dar. Sie kennzeichnen eine Struktur, die allen peripheren Gesellschaften gleich ist. Durch die strukturelle Heterogenität entsteht Marginalität, die sich in Armut äußert.

In bezug auf Abhängigkeit und Unterentwicklung lassen sich zwei Erklärungsmuster unterscheiden. Auf der einen Seite werden in der indirekten Ausbeutung (terms of trade/ungleicher Tausch) und in der direkten Ausbeutung (Dekapitalisierung infolge Gewinntransfers) die Gründe für die Abhängigkeit und Unterentwicklung gesehen, auf der anderen Seite stellt die strukturelle Verflechtung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer mit den Industrieländern (Konsumtion, Reproduktion) den Grund für den Zustand der Dritten Welt dar. Beide Erklärungsmuster sehen jedoch die Abhängigkeit der Entwicklungsländer auf wirtschaftlichem Gebiet.

Im Ansatz des „peripheren Kapitalismus“ geht man davon aus, daß Unterentwicklung durch die Beherrschung des internationalen Wirtschaftssystems durch die „kapitalistischen Metropolen“ bedingt ist. Wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer ist durch die Einbindung in den Weltmarkt deformiertes Wachstum. Die Deformation besteht darin, daß sie auf die Bedürfnisbefriedigung der Industrieländer ausgerichtet ist. Als Strategie empfiehlt *Dieter Senghaas* eine Dissoziation vom kapitalistischen Weltmarkt, wodurch die Überwindung der strukturellen Abhängigkeit angestrebt wird, um einen den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gemäßen Weg zu gehen (autozentrierte Entwicklung). Diese autozentrierte Entwicklung empfiehlt den Aufbau einer lebensfähigen Ökonomie, gestützt auf lokal verfügbare Ressourcen, und sie ist gekennzeichnet durch ökonomische Verkoppelungen und Vermaschungen, die ein integriertes Gebilde entstehen lassen.

Seit Mitte der 70er Jahre kristallisieren sich Ansätze heraus, die den Menschen unmittelbarer in den Entwicklungsprozeß einbinden. Dadurch tritt auch die Rolle der autochthonen Kultur wieder ins Bewußtsein, die bei den anderen Ansätzen nur am Rande berücksichtigt wird. Der einheimischen Kultur wird ein wesentliches Moment für das Gelingen eines Entwicklungsobjektes zugeschrieben. Dabei stellt sich immer die Frage nach der religiösen Motivation der Menschen, weil Religion immer Grundlage der Kultur ist. Eine solche Strategie setzt auf die Mobilisierung der eigenen Kräfte. Sie betrachtet die geleistete Hilfe als Starthilfe — als „Hilfe zur Selbsthilfe“ (christliche Kirchen; deutsche Bundesregierung).

Eine besondere Variante dieser anthropologischen Ansätze stellt der „personale Ansatz“ (*Watzel*) und der „ökonomisch-sozialethische“ (*Lachmann*) dar. Beide rücken den Menschen wieder in das Zentrum der Entwicklungspolitik. Der Mensch erscheint in diesen Ansätzen nicht nur als ein ökonomisch determiniertes Wesen, sondern er wird bewußt als ein geistiges Wesen begriffen, das auch auf Gesellschaft angewiesen ist. Dies hat für die praktische Entwicklungspolitik u.a. die Konsequenz, daß als Kristallisationspunkt der Entwicklungshilfe der einzelne Mensch in seiner Personalität zu fördern ist. Konkret heißt dies, daß neben ökonomischen Maßnahmen auch eine geistige Haltung zu vermitteln ist, ohne die die Entwicklungshilfemaßnahmen langfristig zum Scheitern verurteilt sind.

Praxis deutscher Entwicklungspolitik

Zu Beginn der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik standen ethisch-humanitäre Postulate, die stark den caritativen Charakter der Hilfe betonten. Politische Aussagen traten dagegen zurück bzw. gab es nur vereinzelt. Neben dem ethisch-humanitären gehören der wirtschaftliche und der politisch-weltanschauliche Aspekt zur Tradition deutscher Entwicklungspolitik. Von Anfang an standen hinter dem humanitären Aspekt außenpolitische und wirtschaftliche Gründe. Als eine frühe Komponente deutscher Entwicklungspolitik kann das weltanschauliche Moment angesehen werden. Ziel war die Immunisierung der Länder der Dritten Welt gegen antiwestliche und kommunistische Einflüsse. Es sollte eine Radikalisierung der Entwicklungsländer verhindert werden. Des weiteren diente Entwicklungshilfe auch zur Durchsetzung der *Hallstein-Doktrin*. Finanzielle Hilfe war die Belohnung für konformes Verhalten. Die Entwicklungsländer wurden veranlaßt, Lippenbekenntnisse zur Deutschlandpolitik abzulegen. Durch dieses weltanschauliche Moment teilte man die Entwicklungsländer in deutschlandfreundliche bzw. -kritische ein und verhielt sich bei der Vergabe der Mittel dementsprechend. Vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt betrachtet, galten die Entwicklungsländer als Absatzmärkte und Investitionsgebiete. Dies bewirkte, daß der Containment-Aspekt der 50er Jahre durch eine Stabilitätsdoktrin in den 60er Jahren abgelöst wurde. Nach ihr sollten die weltweiten sozialen Spannungen eingedämmt werden, da sie die Stabilität der Entwicklungsländer bedrohten. Diese Bedrohungsmuster waren ein bedeutender Agens deutscher Entwicklungspolitik. Die Bedeutung des wirtschaftlichen Eigennutzes verdrängte einen „unpolitischen Altruismus“.

Mit der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition 1969 wurden einige entwicklungspolitische Prinzipien nicht weiter verfolgt. So wurde die *Hallstein-Doktrin* nicht mehr als außenpolitische Maxime anerkannt und die Containment-Politik relativiert. Es setzte sich die Denkschule durch, die das Ethisch-Humanitäre stark in den Vordergrund rückte. Diese Tradition orientierte ihr entwicklungspolitisches Handeln ausschließlich am Interesse der Entwicklungsländer. Dependenztheoretische Aussagen nahmen Einzug in die deutsche Entwicklungspolitik. Diese Richtung wurde durch *Erhard Eppler* personifiziert. In seiner Amtszeit dominierte die Haltung, daß die

Bundesrepublik moralisch verpflichtet sei, wegen der Auswirkungen des Kolonialismus und Imperialismus der westlichen Staaten, finanzielle Abhilfe zu leisten. *Eppler* war es auch, der die deutsche Entwicklungspolitik auf eine Grundbedürfnisstrategie hin ausrichtete, die sich an den Bedürfnissen der Ärmsten orientierte. Hier zeigen sich schon früh erste Anzeichen zu anthropologischen Ansätzen. Wäre die *Epplersche* Politik konsequent weiterverfolgt worden, hätte die Bundesrepublik nur noch Mittel an die ärmsten Staaten *Afrikas* vergeben dürfen. Da aber staatliche Politik immer auch Interessenpolitik ist, konnte eine solche Politik keinen Erfolg zeitigen, weil sonst die Bundesrepublik einen Teil ihrer Gestaltungsmöglichkeiten in der internationalen Politik eingebüßt hätte. *Epplers* Politik ist nicht nur wegen der Prädominanz des Humanitären gescheitert, sondern 1973 kamen noch die Öl- und Wachstumskrise, die Zunahme radikaler Forderungen der *Gruppe 77* sowie die Haushaltskonsolidierung und das schlechte Verhältnis zum damaligen Bundeskanzler *Helmut Schmidt* hinzu. Die Nachfolger *Epplers* — insbesondere *Egon Bahr* und *Rainer Offergeld* — behielten zwar die humanitäre Komponente bei, betonten jedoch stärker den interessenpolitischen und wirtschaftlichen Aspekt.

Mit der Übernahme der Regierung durch die christlich-liberale Bundesregierung setzte sich die Denkschule durch, die Entwicklungspolitik primär als Interessenpolitik versteht. Die Bundesregierung betont jetzt stärker die Faktoren, die zwar von der *SPD/FDP*-Regierung auch verfolgt, aber nicht so deutlich ausgesprochen wurden bzw. eine moralisierende Überhöhung erfahren hatten. So flossen auch schon unter der sozial-liberalen Regierung ca. 80 % der Entwicklungshilfe in Form von Aufträgen in die Bundesrepublik zurück. Somit stehen die Entwicklungshilfeminister von der *CSU* in einer guten Tradition deutscher Entwicklungspolitik.

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Jürgen Warnke*, setzte unmittelbar nach der Regierungsübernahme andere Akzente. So betonte er stärker die wirtschaftlichen und politischen Eigeninteressen der Bundesrepublik. Auch sollte Entwicklungspolitik die sicherheitspolitischen Interessen des westlichen Bündnisses berücksichtigen. Entwicklungspolitik aus Gründen der Wiedergutmachung für eventuelle Schäden, die durch den Kolonialismus entstanden seien, wurde abgelehnt. Stärkere Unterstützung erhalten die Länder, die einen marktwirtschaftlichen Entwicklungsweg einschlagen. Mit dieser prononcierten Betonung des marktwirtschaftlichen Weges beabsichtigt die Regierung, die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen und die schöpferischen Kräfte der Völker zu fördern. Dadurch wird die Freiheit des einzelnen erhöht, was nur in einem marktwirtschaftlich orientierten System möglich ist. Deshalb ist „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum zentralen Anliegen geworden. In diesem Prinzip kommt nicht nur ein Realismus zum Ausdruck, sondern es wird einem subsidiären Denken Bahn gebrochen, das zuerst auf die Kräfte der einzelnen Menschen setzt. Nicht Bevormundung ist das Ziel, sondern Eigenbestimmung in Freiheit. Hiermit wird eine zentrale Kategorie christlichen Gedankengutes verwirklicht. Daneben gewinnen die Menschen einen neuen wirtschaftlichen und politischen Gestaltungsspielraum. Ein besonderes Verdienst der christlich-liberalen Regierung ist es, deutsche Entwicklungspolitik zum Realismus zurückgeführt zu haben.

Zweifellos hat Entwicklungspolitik immer eine sicherheits- und interessenpolitische Komponente. Sie kann auch vom Ost-West-Gegensatz nicht gelöst werden. Trotzdem muß die Frage erlaubt sein, ob es im langfristigen Interesse der Bundesrepublik liegt, sich weltanschaulich in bezug auf Entwicklungspolitik zu eng an die *USA* anzulegen, da ja die Bundesrepublik keine Welt-, sondern nur eine Mittelmacht ist. Es liegt in der Tradition amerikanischer Entwicklungspolitik, ihre Mittel ausschließlich unter interessenpolitischen und strategischen Gesichtspunkten zu vergeben. Die Bundesrepublik kann sich von ihren Interessen her eine solche Politik nicht leisten. Erstens würde sie gegen die deutsche Tradition verstoßen und zweitens würde die Bundesrepublik dadurch ihre traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu fast allen Staaten der Dritten

- 22 Welt aufs Spiel setzen. Langfristig würde dies ihrer Glaubwürdigkeit schaden. Deutsche Entwicklungspolitik tut gut daran, die Balance zwischen ethisch-humanitären, wirtschaftlichen und politisch-weltanschaulichen Elementen zu halten.

Ausblick

Das Thema der Entwicklungspolitik hat im Bereich der politischen Bildung nur dann eine Berechtigung, wenn sie vorbehaltlos und ideologiefrei dargestellt und rezipiert wird. Die entscheidende didaktische Aufgabe besteht darin, den Teufelskreis verengter Problemwahrnehmungen aufzubrechen. Es ist eine entwicklungspolitische Bewußtseinsweiterung anzustreben, die sich nicht an Parteigrenzen orientieren darf, da es sich um existentielle menschliche Probleme handelt. Es sind sowohl eurozentrische als auch die einseitigen Sichtweisen der Entwicklungsländer einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die Modernisierungs- und Dependenzansätze sind zu vermitteln. Dabei sollte man beide Richtungen ihrer jeweiligen Kulturhybris entkleiden, weil sie auf weltanschaulichen Voraussetzungen beruhen, die die Realität verzerrt wiedergibt. Die politische Bildung hat sich mit dem pauschalen Vorwurf des Kolonialismus und Imperialismus an die Adresse der Industrieländer auseinanderzusetzen. In dieser Vereinfachung ist der Vorwurf unhaltbar. Deshalb weist die deutsche Bundesregierung ihn auch zurück.

Eine weitere Aufgabe, der sich die politische Bildung widmen muß, ist der Faktor Zeit in der Entwicklungspolitik. Es ist zu vermitteln, daß es längere Zeit dauern wird, bis die Entwicklungsländer einen ähnlichen Lebensstandard erreichen werden, wie er in den westlichen Industrieländern vorzufinden ist. Dabei sollte die Frage nicht unterdrückt werden, ob dies überhaupt anzustreben ist. Die politische Bildung hat es zu vermeiden, ständig von Sollens-Postulaten und maximalistischen Forderungen auszugehen, da dadurch die Arbeit des Praktikers vor Ort als auch die Arbeit der Regierung oder anderer Entwicklungshilfeorganisationen immer negativ dasteht. Maximalforderungen sind nie zu erfüllen. Kritischer Realismus ist deshalb gefordert.